BERLIN BOX BusinessMagazin

Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzende | © Tobias Koch

Hohe Wohnkosten zwingen zum Verzicht

30. Oktober 2026

Eine aktuelle Umfrage des Meinungs- und Marktforschungsunternehmens Civey zeigt, dass immer mehr Menschen durch hohe Wohnkosten finanziell unter Druck gesetzt werden. Mehr als die Hälfte der befragten Mieterinnen und Mieter gaben an, sich in anderen Lebensbereichen finanziell stark einschränken müssen, um Miete und Nebenkosten bezahlen zu können. Rund 20 Prozent müssen sich sogar sehr stark einschränken. Besonders betroffen sind jüngere Menschen: Rund zwei Drittel der 18- bis 29-Jährigen und 60 Prozent der 30- bis 39-Jährigen geben an, sich wegen ihrer Wohnkosten stark einschränken zu müssen. Die Umfrage wurde vom Sozialverband Deutschland (SoVD) in Auftrag gegeben.

Für SoVD-Vorstandsvorsitzende **Michaela Engelmeier** sind die Zahlen ein deutlicher Handlungsauftrag an die Politik: „Wohnen darf nicht zum Armutsrisiko werden. Wir brauchen mehr dauerhaft bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, wirksamen Mieterschutz und ein starkes Wohngeld." Wie tief die hohen Wohnkosten inzwischen in persönliche Lebensentscheidungen eingreifen, zeigt ein weiteres Ergebnis der Umfrage: Fast die Hälfte der befragten Personen hat wegen hoher Wohnkosten bereits konkrete Lebenspläne geändert oder aufgegeben. Mehr als ein Viertel der Befragten hat ihre Wohnungswahl angepasst, rund 20 Prozent die Wahl des Wohnortes. 10 Prozent gaben sogar an, wegen der Wohnkosten ihre Familienplanung verändert zu haben.

Bei jungen Menschen sind die Auswirkungen besonders deutlich: 40 Prozent der 18- bis 29-Jährigen haben ihre Wohnungswahl verändert, 30 Prozent ihre Wohnortwahl und 20 Prozent den Auszug aus dem Elternhaus verschoben. Bei den 30- bis 39-Jährigen hat fast jede vierte Person ihre Familienplanung angepasst. Engelmeier erklärt: „Wenn hohe Wohnkosten darüber entscheiden, wo Menschen leben, wann sie aus dem Elternhaus ausziehen oder ob sie ihre Familienplanung verwirklichen können, läuft etwas grundsätzlich schief. Eine eigene Wohnung, Familiengründung und die freie Wahl des Wohnortes dürfen nicht zu Privilegien werden."

Auch die Höhe der eigenen Miete wird von Vielen kritisch gesehen: Fast die Hälfte der befragten Mieterinnen und Mieter hält ihre derzeitige Miete für zu hoch. Bei den unter 40-Jährigen sind es rund sechs von zehn. Gleichzeitig gehen 61 Prozent der Befragten nicht davon aus, dass Mieten und Wohnkosten künftig allgemein bezahlbarer werden. Der SoVD fordert deshalb, Mietpreissteigerungen wirksamer zu begrenzen und verstärkt öffentliche Mittel für den sozialen sowie gemeinnützigen Wohnungsbau mit öffentlichen und gemeinnützigen Trägern zur Verfügung zu stellen. Dadurch könnten deutlich mehr dauerhaft bezahlbare und barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.

Kritisch sieht der Verband auch die geplanten Einschnitte beim Wohngeld. Engelmeier warnt: „Dass ausgerechnet in einer Zeit hoher Wohnkosten beim Wohngeld gespart werden soll, ist das falsche Signal. Für viele Menschen ist das Wohngeld unverzichtbar, um ihre Miete bezahlen zu können und nicht in Armut abzurutschen. Solange die Politik steigende Mieten nicht wirksam begrenzt, darf sie die finanziellen Folgen nicht auf die Mieterinnen und Mieter abwälzen. Wir brauchen daher beides: einen wirksamen Schutz vor überhöhten Mieten und ein starkes Wohngeld für diejenigen, die darauf angewiesen sind." (red)